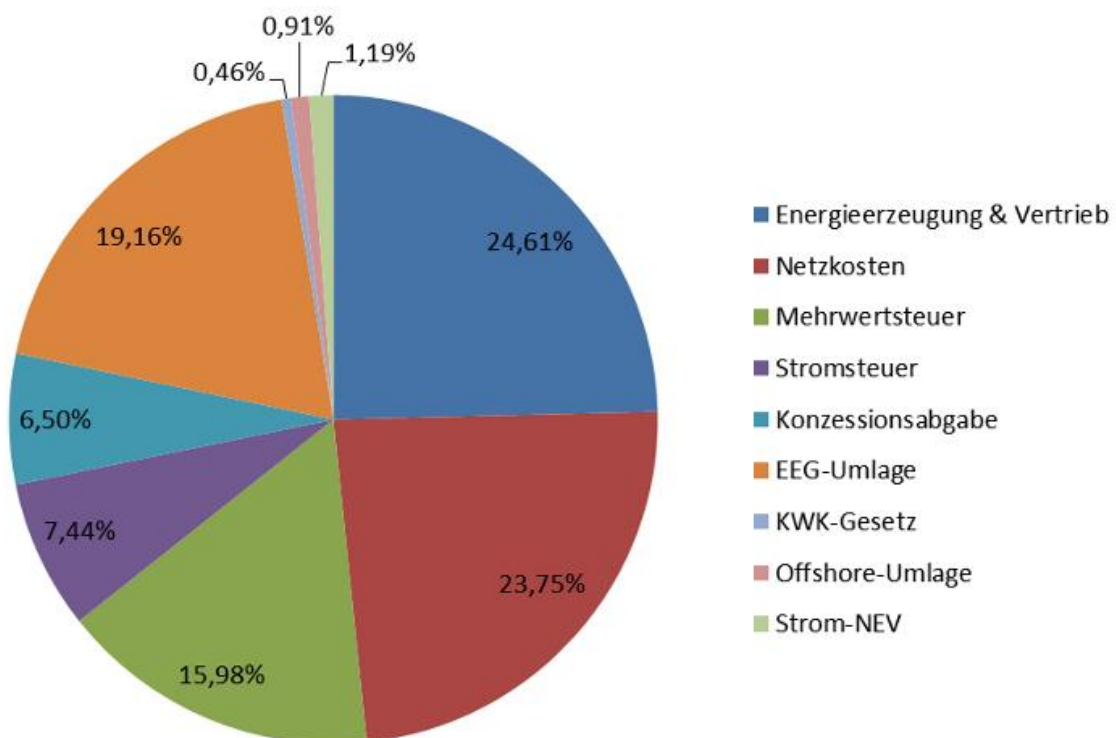


Alternative Lösungsansätze zur geplanten Reform des Erneuerbare- Energien- Gesetzes durch die Bundesregierung (Strompreisbremse).

Durchschnittliche Zusammensetzung des Strompreises von Haushaltskunden Stand März 2013 laut Bundesnetzagentur:

Zusammensetzung Strompreis 2013

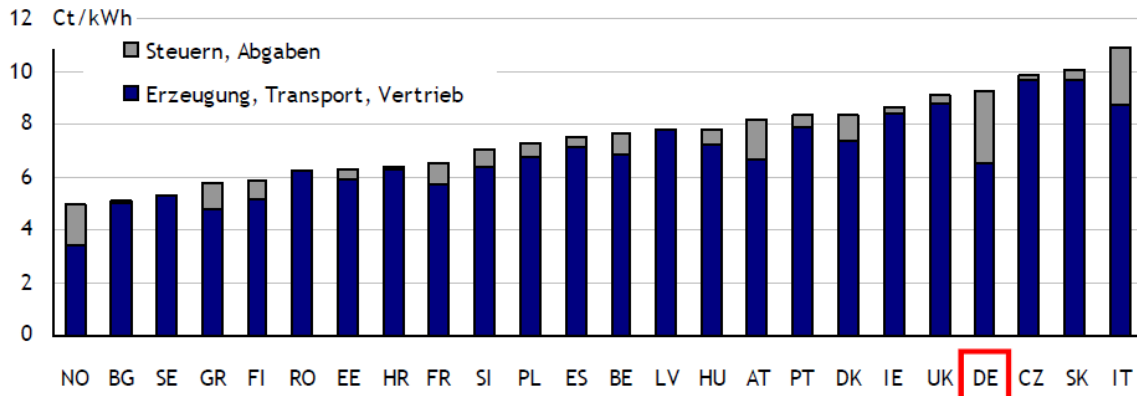


Durchschnittliche Zusammensetzung des Strompreises von Haushaltskunden.
Stand: März 2013, Quelle: Bundesnetzagentur, BDEW, CHECK24 Strompreisindex.

1. Energieerzeugung & Vertrieb ist ein variabler Bestandteil und wird vom Markt bestimmt. Hierauf hat der Verbraucher Einfluss, indem er einen günstigen Tarif wählt.
2. Netzkosten werden dagegen von der Bundesnetzagentur reguliert. Dieser Anteil der Kosten kann nicht durch den Endverbraucher beeinflusst werden.
3. Über die Hälfte des Strompreises muss für Umlagen, Steuern und Abgaben aufgebracht werden.

Lösungsvorschlag Steuern:

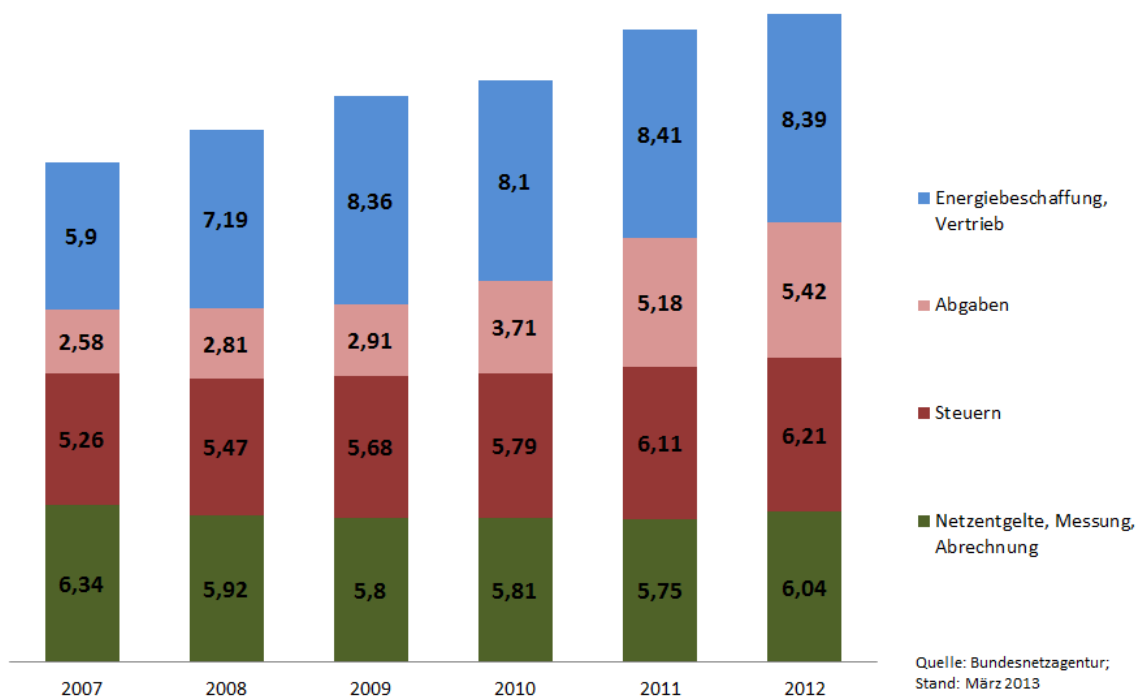
Die Stromsteuer wurde 1999 eingeführt, um elektrische Energie zu versteuern, damit die Bürger zum nachhaltigen und sparsamen Umgang mit Energie angehalten werden. Mit der Stromsteuer werden (teilweise) Sozialleistungen wie die Rentenversicherung gegenfinanziert, was die Lohnnebenkosten senkt. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für Unternehmen, sich von der Stromsteuer (auch Öko-Steuer genannt) teilweise befreien zu lassen, was Privathaushalten nicht möglich ist.



Quelle: <http://www.foes.de/pdf/2013-01-Industriestrompreise-Wettbewerbsfaehigkeit.pdf>

In der Tabelle erkennt man deutlich, dass der Steueranteil den deutschen Industriestrompreis erheblich beeinflusst.

Durchschnittlicher Strompreis für Haushaltskunden 2007 - 2012 (Cent/kWh)



Die Endkundenpreise sind kontinuierlich, aber moderat im Verhältnis zu anderen lebensrelevanten Gebrauchsgütern gestiegen. Die Abgaben bilden dabei den entscheidenden Faktor beim Anstieg der vergangenen Jahre. Eine Senkung der Steuern bewirkt folglich einen günstigeren Strompreis für Privatkunden, weniger für Industriekunden, die ja bereits in weiten Teilen von Steuerermäßigungen profitieren. Auch müssen die durch eine Senkung der Stromsteuer entstehenden Haushaltslücken an anderer Stelle aufgefangen werden, möchte der Staat keine Einnahmeverluste hinnehmen. Die Bürger sollen erkennen, welche Konsequenzen derartige Steuersenkungen nach sich ziehen werden. Einen populistischen Wahlkampf mit Steuergeschenken lehnt die Piratenpartei ab. Steuersenkungen beim Strom sollten nicht in Erwägung gezogen werden und ehrlich den Bürgern vermittelt werden, dass die Senkung der Lohnnebenkosten im Sinne "Energie besteuern, Arbeit entlasten" Priorität hat. Einnahmeverluste werden bekanntermaßen an anderer Stelle kompensiert, so dass Energiesteuersenkungen keinen sinnvollen Effekt zeigen würden. Das gilt es unmissverständlich zu kommunizieren.

Lösungsvorschlag EEG- Umlage Befreiung:

Die Befreiung stromintensiver Unternehmen aus der EEG- Umlage ist strikter zu handhaben. Wie man anhand der Stromsteuer nachvollziehen kann, sind die deutschen Unternehmen bereits gegenüber den Privatkunden vielfältig privilegiert worden. Außerdem kommt eine Studie des FÖS [1] zu dem Schluss, dass deutsche Unternehmen im europäischen Wettbewerb keineswegs benachteiligt sind. Es wird als ungerecht empfunden, die EEG-Umlage ausschließlich auf nicht privilegierte, meist kleine gewerbliche und private Stromkunden zu verteilen, die dann einen überproportionalen Anteil zu tragen haben. Die Ausnahmen führen zudem zu Wettbewerbsverzerrungen und mindern die Bereitschaft der Unternehmen, Effizienzmaßnahmen durchzuführen.

Deshalb sind die Bewilligungskriterien deutlich restriktiver von unabhängiger Stelle festzulegen. Neben einer Begrenzung auf stromintensive Branchen, die wirklich in internationalem Wettbewerb stehen, ist der Mindestsatz für die EEG-Umlage der Kostenentlastung durch den Merit- Order Effekt anzupassen. Des Weiteren sind harte Schwellwerte für den Ermäßigungstatbestand zu vermeiden, um keine Anreize zu hohem Stromverbrauch (bzw. hoher Stromintensität) zu schaffen.

Laut einer aktuellen Liste des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) [2] stieg durch die Änderung der Antragsbewilligungsgrenze von 10 GWh/a auf 1 GWh/a die Zahl der privilegierten Unternehmen von 734 auf 2057 bei einer Gesamtabnahmekapazität von 107477 GWh an. Dadurch wurden die verbliebenen Stromabnehmer mit Beginn des Jahres 2012 erneut stärker belastet. Durch die Reduzierung der Ausnahmen und eine Verbreiterung der Aufkommensbasis kann der Regelsatz der EEG-Umlage deutlich gesenkt und die Energiewende solidarischer finanziert werden.

Lösungsvorschlag Offshore- Haftungsumlage:

Seit Jahresbeginn 2013 fallen konkret Entschädigungen für Betreiber von Offshore- Windparks an, wenn deren erzeugter Strom nicht eingespeist werden kann.

(Zitat)

„Die Kosten für den Ausbau der Offshore-Windenergie sollen zwischen Windparkbetreibern, Übertragungsnetzbetreibern und Stromkunden aufgeteilt werden.“ Dies betonte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. „Es ist aber eine Regelung, die die Kosten begrenzt.“

Die aus den Haftungsregeln entstehenden Mehrkosten sind für die privaten und gewerblichen Stromverbraucher begrenzt. Für Verbraucher betragen sie 0,25 Cent pro Kilowattstunde.

Die Netzbetreiber haften bei grober Fahrlässigkeit zunächst mit maximal 110 Millionen Euro für die Verzögerung. Dies gilt auch bei leichter Fahrlässigkeit mit 17,5 Millionen Euro pro Fall, bevor der Verbraucher einspringt.

Schadensfälle und Maßnahmen zur Schadensminderung müssen von den Betreibern der Übertragungsnetze dokumentiert und im Internet veröffentlicht werden. Nach drei Jahren werden die Regelungen evaluiert.

Quelle: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/08/2012-08-29-neuregelungen-offshore-anbindung.html>

Primär ist der Aufbau der Netzinfrastruktur wichtig. Solange nicht gewährleistet werden kann, dass der erzeugte Strom auch transportiert werden kann, ist die Errichtung von Windrädern in Nord- und Ostsee sekundär. Eine Konzentration auf verbrauchernahe Erzeugungsanlagen kann zudem Kosten für den Netzausbau einsparen.

Lösungsvorschlag EEG- Umlage- Paradoxon:

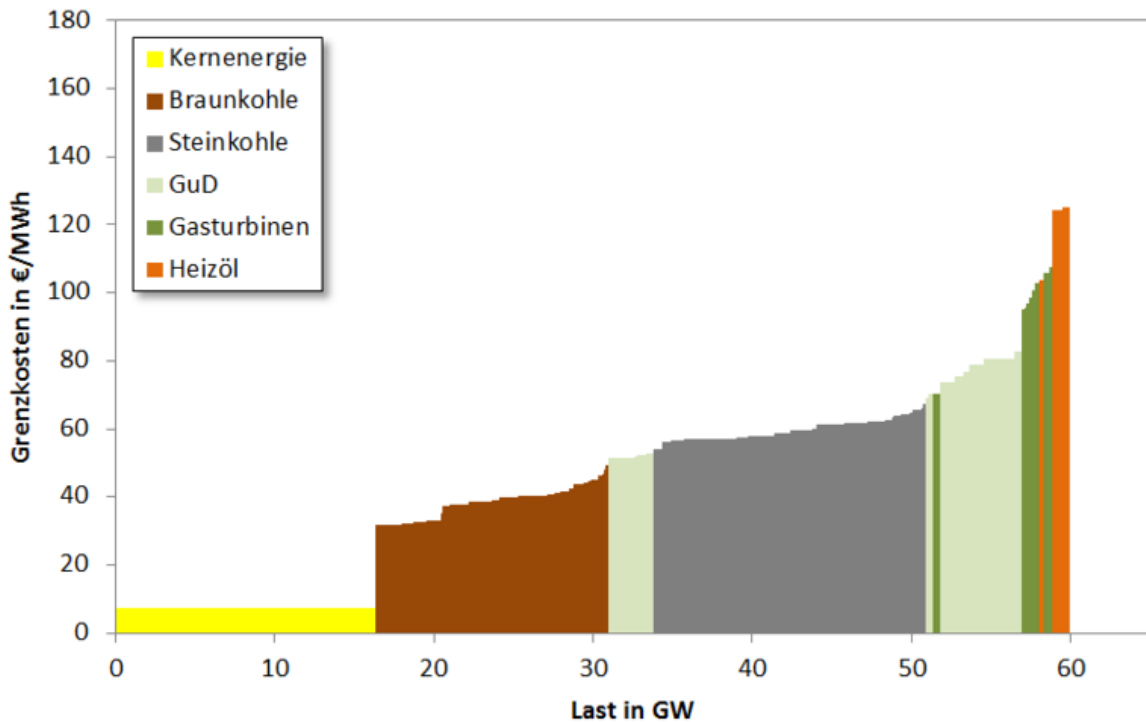
Im EEG wurden feste Einspeisevergütungen über einen definierten Zeitraum von 20 Jahren festgelegt, um Anreize zu schaffen, dass sowohl Unternehmen wie auch Privathauhalte in erneuerbare Energieformen investieren. Eine Degression des Einspeisetarifs je nach Inbetriebnahme soll weiterhin den technischen Fortschritt anregen und eine Motivation liefern, eher heute als morgen zu investieren. Neben dieser Förderung nach EEG addieren sich weitere Kosten wie zum Beispiel für den Ausbau der Netzinfrastruktur hinzu. Die Differenzkosten im EEG werden über die EEG-Umlage, der Netzausbau über die Netzentgelte bezahlt.

Auf der anderen Seite wird Strom an der Börse insgesamt per Merit- Order-Effekt günstiger, je mehr EEG-Strom eingespeist wird. Allerdings dienen die Verkaufserlöse an der Börse den verantwortlichen Übertragungsnetzbetreibern zur Gegenfinanzierung der Einspeisevergütung. Dazu wird die Differenz der Kosten für die ausgeschütteten EEG-Vergütungen und der erwirtschafteten Erlöse herangezogen. Ein immer größer werdender Anteil von EEG-Strom führt dazu, dass durch den daraus resultierenden Verfall des Strompreises die Differenz für die Ermittlung der EEG-Umlage größer wird. Dies ist jedoch

ein“ rechte-Tasche-linke-Tasche“ Effekt, da auf der anderen Seite auch der Strombezug um diesen Anteil günstiger wird. Insgesamt wirkt sich die Preissenkung auch auf den Teil des Marktes aus, der nicht aus EEG-Anlagen kommt und führt somit zu einer Entlastung des Verbrauchers. Bei aktuell ca. 25% des Stromes (EEG-Anteil) kommt es zu einer Erhöhung der Differenzkosten (EEG-Umlage erhöht sich) bei Senkung der Strombezugskosten in gleicher Höhe, wohingegen bei 75% des Bruttostromverbrauchs der Preis in den letzten zwei Jahren seit dem Kernkraftmoratorium von 6 auf 4 Ct/kWh gesunken ist. Letztverbraucher, die sich direkt an der Börse eindecken können, profitieren davon. Haushaltskunden hingegen zeichnen sich durch eine geringe Wechselwilligkeit beim Stromlieferant aus, so dass hier kein unmittelbarer Entlastungseffekt eintritt, sondern eine starke zeitliche Verzögerung vorliegt.

Somit wurde ein Paradoxon geschaffen, was dem eigentlich gewollten Effekt entgegen wirkt. Die EEG-Umlage wird rechnerisch größer und wirkt sich negativ auf den Endkundenpreis aus. Eine Berücksichtigung auftretender Sonderbelastungen, die aus dem EEG herausgerechnet werden, würde durchaus Abhilfe schaffen und wäre konsequent.

Die Kraftwerke mit den geringsten Grenzkosten werden zuerst im Stromhandel angefordert. Zuerst kommt der Strom aus EE- Anlagen, was sich aus den geringen Grenzkosten für Wind- und Solarenergie ergibt. Zusätzlich ist der Vorrang für erneuerbare Energien im EEG § 11 festgeschrieben. Danach werden je nach Nachfrage die anderen Kraftwerke mit anderen Primärenergieträgern nach ihren Grenzkosten gestaffelt hinzugeschaltet. Daraus ergibt sich, dass Erzeugungsanlagen mit hohen variablen Kosten aus der Reihenfolge des Kraftwerkseinsatzes immer weiter zurück gedrängt werden, je mehr EEG-Strom bereitgestellt werden kann. Die bessere Lastfolgemöglichkeit von disponibler Kraftwerksleistung gegenüber wetterabhängigem Solar- oder Windstrom besitzt eine wertvolle Rolle in diesem komplexen System. Es ist wichtig, die gesamte Energieversorgung als ein System mit vielen sich ergänzenden Komponenten zu betrachten, wobei die erneuerbaren die fossilen Energieträger sowohl aus ökologischer als auch ökonomischer Sicht ablösen sollen. Für die Energiewende ist neben Luftverschmutzung und dem beschleunigten Klimawandel auch die Verknappung und damit Verteuerung begrenzter Energierohstoffe (z.B. Peak Oil) ein Motivationsgrund.



Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Merit-Order>

Dementsprechend sollte man die EEG-Umlage im Gesamtsystem bilanzieren, denn aus dem Ökostrom ergeben sich gesamtwirtschaftliche Vorteile, die in einzelwirtschaftliche Anreize zu übersetzen sind. Es ist abzusehen, dass endliche Energieträger wie Öl oder Kohle langfristig immer knapper werden und eine verspätete Umstellung deutlich teurer wird, da knappe Ressourcen die Preise in die Höhe treiben.

Eine Strompreisbremse, die einseitig den Ausbau der erneuerbaren Energien behindert, wird deshalb letztendlich die Energieversorgung gesamtwirtschaftlich verteuern. Um einen sauberen Vergleich führen zu können, ist der EEG-Strom mit den Vollkosten eines neuen Kraftwerks ins Verhältnis zu setzen. Da aber wiederum die Erneuerbaren Teil eines Systems mit Netzen, Backup-Kapazitäten und Speichern sind, müsste man wissenschaftlich korrekt das neue System mit einer Fortschreibung des alten Systems vergleichen.

Das heute dominierende fossil- nukleare System würde in diesem Vergleich den erneuerbaren Energien nicht Stand halten. Betrachtet man auch die jeweiligen Subventionen im Zeitraum zwischen 1970 und 2012, wird deutlich, dass die erneuerbaren Energien im Vergleich recht passabel abschneiden.

Erneuerbare Energien	67 Mrd. Euro
Braunkohle	87 Mrd. Euro
Kernenergie	213 Mrd. Euro
Steinkohle	311 Mrd. Euro

Ein Business As Usual- Szenario erscheint aber kaum linear aus der Gegenwart ableitbar. Das Fördermaximum beim konventionellen Öl (ca. 2006) hat im Laufe der letzten Dekade zu einem Anstieg der Rohölpreise um etwa den Faktor 4 geführt. Daher beträgt die Mineralölrechnung der Bundesrepublik über ~100 Mio. Tonnen bei 100 \$/bbl ca. 50 Mrd. Euro jährlich. Wenn Peak Coal eintritt, darf mit einer ähnlichen Preisbewegung gerechnet werden. Aufgrund der Langlebigkeit von kohlenutzender Infrastruktur (Steinkohlekraftwerke haben eine technische und wirtschaftliche Nutzungsdauer von ca. 40 Jahren) muss rechtzeitig auf eine andere Art der Stromerzeugung umgestellt werden, die Deutschland von Energierohstoff- Importen unabhängiger macht.

Die EEG-Umlage finanziert nicht nur die Kosten für die Energiewende bezogen auf Erneuerbare Energien, sondern sie finanziert ein komplett neues und zukunftsorientiertes Gesamtenergiekonzept. Dementsprechend sollte die EEG-Umlage auch so interpretiert werden, dass sie als antreibender Faktor aller Faktoren gewürdigt wird. Das EEG-Paradoxon muss in der Öffentlichkeit klargestellt werden, um die Akzeptanz zu erhöhen. Eine eigentlich triviale Berechnungsformel darf nicht ausschlaggebend für Überlegungen sein, die unausgeglichene Strompreisbremsen unterstützen.

[1] <http://www.foes.de/publikationen/studien/>

[2] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/104/1710421.pdf> & http://www.bafa.de/bafa/de/energie/besondere_ausgleichsregelung_eeg/publikationen/besar_2012.xls

[3] http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/EWG-update3012_kurz-dt_22_03_2013.pdf

Gunnar Kästle, Thomas Brück,

